

Die Weichen für die nächsten 2 Jahre gestellt

Es war schon eine besondere Gesamtmittgliederversammlung, zu der die Genossinnen und Genossen am 27. Oktober ins Klubhaus „Philipp Müller“ gekommen waren. Auf der Tagesordnung stand als Punkt 9 „Formaler Gründungsbeschluss für DIE LINKE. Brandenburg an der Havel“. Und die GenossInnen waren sich der Bedeutung dieser Sache wohl bewusst, hatten

vorher schon viel darüber gesprochen, mit WASG-Mitgliedern teilweise schon seit längerer Zeit zusammengearbeitet. Einstimmig war die Zustimmung. Nun gibt es DIE LINKE. ganz offiziell in unserer Stadt.

Aber es gab noch mehr Höhepunkte in dieser wichtigen Versammlung. Neue Mitglieder unseres Stadtverbandes wurden herzlich begrüßt, so auch Wolfgang Thiel, Landtagsabgeordneter unserer Partei. Er stellte sich später dort vor, sprach u.a. davon, dass

beim SPD-Bundesparteitag der Druck von links deutlich zu spüren war.

Die bisherige Vorsitzende Sylvia Hauffe konnte eine positive Bilanz über die Arbeit der vergangenen 2 Jahre ziehen. Sie erinnerte u.a. an den Kampf um die Verbesserung der Lebenslage der Brandenburger, an das Bürgerhaus, das Sozialticket, Info-Stände, z.B. zum Mindestlohn, den Kampf gegen Rechtsextremismus, die enge Verbindung zu Kaiserslautern. Eine erfolgreiche Arbeit wurde da gewürdigt, doch die Weichen sind auch für die vor uns liegende Zeit gestellt. Zugleich verabschiedete sich Sylvia Hauffe als Vorsitzende.

Bereits von den Vorbereitungen zum nächsten großen Volksfest auf dem Görden berichtete Rosi Musehold. Klaus Erlenkamp sprach von der notwendigen Unterstützung für die Montagsdemos. Es gab Grußadressen aus Kaiserslautern und aus Bremen.

Unsere Bundestagsabgeordnete Diana Golze würdigte den historischen Moment des Gründungsbeschlusses in unserer Stadt, in der auch der Landesverband gegründet wurde, sprach von einem großen Potenzial für eine gute Arbeit der Linken. Die Ausführungen von Alfredo Förster ließen keinen Zweifel daran, dass ein Wandel der politischen Kräfte in Brandenburg unumgänglich

ist. Zwar gibt es Einigkeit bei der Bewerbung für die BUGA – ein entsprechender Beschluss wurde auch von den Linken in dieser Versammlung gefasst – aber sonst drohen Anträge unserer Partei, der Stadtverordneten unserer Fraktion, einfach ignoriert zu werden. Das aber darf in einer Stadt, die von insgesamt rund 73 000 Einwohnern 12 000 Hartz-IV-Empfänger hat, nicht angehen.

Elisabeth Scholz setzte das Ziel, bei den Kommunalwahlen 2008 die Zahl unserer Abgeordneten zu erhöhen. Birgit Hübner verwies darauf, dass DIE LINKE. ihre Anträge vor Ort mit den Bürgerinnen und Bürgern bespricht, Partner für sie und ihre Ideen und Sorgen ist, dabei insbesondere auch die Älteren beachtet.

Selbstverständlich stellte René Kretzschmar, der für den Vorsitz im Stadtverband kandidierte, auch die Weichen für die künftigen Aufgaben. Er forderte u.a. eine noch engere Verbindung zu den Bürgern, mehr soziale Gerechtigkeit, eine Mobilisierung im Kampf gegen Rechtsextremismus und nannte unsere Ausgangsposition für die Kommunalwahlen im nächsten Jahr sehr gut. Er lenkte die Aufmerksamkeit aber auch auf die Gewinnung von neuen Mitgliedern, schließlich wollen wir mitgliederstärkste Partei in unserer Stadt bleiben.

Aber in dieser Mitgliederversammlung fanden selbstverständlich auch Wahlen statt. Für René Kretzschmar stimmten von 72 Wahlberechtigten 69, ein für den jüngsten Parteivorsitzenden in unserer Stadt mehr als eindeutiges Ergebnis. Ähnlich sah es insgesamt aus. So wurden Ilona Friedland und Lutz Krakau als Stellvertreter gewählt Werner Müller als Schatzmeister. Heidi Hauffe, Kerstin Huch, Birgit Hübner, Sabine Redmann, Peter Lange, Alfredo Förster und Heike Jacobs sind weitere Vorstandsmitglieder. Insgesamt 11 Mitglieder hat unser Stadtvorstand. In der Finanzrevisionskommission arbeiten Anne Gabrysiak, Udo Gronwald und Ruth Scholz. Mitglied im Landesausschuss wird Werner Müller sein.

Gleichzeitig wurden an diesem Tage aber auch die Delegierten für den Bundesparteitag und für den Landesparteitag gewählt. E. A.



Steuert den ersten Stadtverband DIE LINKE.
Brandenburg an der Havel: René Kretzschmar

Energiewende – sozial, ökologisch, friedlich

Energiepolitik ist Klimapolitik. Das scheint gegenwärtig in allen Parteien und bei der Mehrzahl gesellschaftlicher Akteure Konsens zu sein. Abgesehen von einigen Vertretern der Atom- und Kohleindustrie ist die Notwendigkeit einer Energiewende hin zur vermehrten

Nutzung erneuerbarer Energien anerkannt. Gleichzeitig ist dabei ein sparsamer und effizienter Umgang mit den knappen Energieressourcen eine der wesentlichen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.

Klimaschutz wird jedoch oftmals auf Technologiefragen reduziert. Wer wirksamen Klimaschutz will, darf dabei nicht stehen bleiben! Stärker zur Sprache kommen muss, dass mächtige Konzerne die politische Souveränität über die Energiepolitik bedrohen.

Wir müssen unsere Lebensstile kritisch überprüfen. Dabei sind die ökologischen Fragen eng mit der sozialen Frage verwoben. Ganz zu schweigen davon, dass eine Militarisierung der Energieressourcensicherung schon lange kein Tabu mehr ist. Darüber muss mehr als bisher geredet werden. Alternativen sind vorhanden.

Der persönliche Einsatz aller Bürgerinnen und Bürger ist mehr denn je gefragt und notwendig.

Die Linke hatte in der Vergangenheit immer wieder eigene Analysen und Konzepte vorgelegt: Für die Senkung des Primärenergieverbrauchs durch mehr Energieeffizienz und Energieeinsparung, für den Ausbau erneuerbarer Energien, für einen Prioritätenwechsel der Energieforschung sowie für ein Umsteuern bei der Ökosteuern und beim Emissionshandel.

Übergeordnete Ziele sind der schnelle Ausstieg aus der Atomenergienutzung und die weitgehende Überwindung der fossilen Energiewirtschaft bis Mitte dieses Jahrhunderts. Energie- und Klimapolitik muss mit Fragen sozialer Gerechtigkeit auf nationaler wie globaler Ebene verbunden werden. Dies erfordert aktive Friedenspolitik, welche zwingend bestehende Machtstrukturen hinterfragen muss.

Ich lade alle interessierten Bürgerinnen und Bürger zu dieser hoch spannenden Thematik am 22.11.2007, 18.30Uhr in den Fontaneclub ein. Wolfgang Thiel



Wolfgang Thiel bei seiner Rede auf der Gesamtmitgliederversammlung

Stadtverwaltung künftig „kritikfreie Zone“

Nun wissen wir es genau: Der Baubeigeordnete Michael Brandt (CDU) vergleicht unseren 34-jährigen Abgeordneten, Rechtsanwalt Matthias Osterburg, mit denen, die einst aus politischen Gründen DDR-Bürger in den Strafvollzug

beförderten. Er fühlt sich von ihm denunziert. Und warum? Der Stadtverordnete Osterburg hatte sich bei unserer Oberbürgermeisterin darüber beschwert, dass Herr Brandt meinte, man könne nicht alle Anträge, die gestellt werden, ordentlich behandeln. „Wir werden abwehren, was unsinnig ist und uns nicht mit jedem Scheiß beschäftigen“, das waren seine Worte. Daraus ergibt sich die Frage: Wer entscheidet, was „Scheiß“ ist und was nicht?

Nun sagt der Beigeordnete der CDU einerseits, er hätte einen Sozialdemokraten gemeint und sich andererseits als CDU-Vize geäußert und nicht als Verwaltungsmitarbeiter. Der arme Herr Brandt, er ist einfach zweigeteilt, hat offensichtlich zwei verschiedene Meinungen, äußert sich also auch unterschiedlich. Wer hat die Beleidigungen des Stadtverordneten Osterburg nun ausgesprochen, der CDU-Mann Brandt oder der Verwaltungsmensch Brandt? War es der CDU-Vize, dann müsste er in dieser Partei Schwierigkeiten bekommen, denn zur Demokratie gehört natürlich auch die Möglichkeit einer Beschwerde. Und die CDU ist doch eine demokratische Partei! Der Verwaltungsmensch, der Beigeordnete, sollte sich solche Töne bei einer berechtigten Beschwerde ebenfalls verkneifen. Wenn wir ein „gläsernes Rathaus“ und Bürgernähe wollen, dann muss man auch die Beschwerde akzeptieren, oder soll die Stadtverwaltung künftig eine „kritikfreie Zone“ werden? Wird jeder, der sich dem widersetzt, mit Rufmord belegt? Alles in allem, ich halte diese in der MAZ vom 30. Oktober veröffentlichten Äußerungen von Herrn Brandt für eine große Beleidigung, die man nicht zwischen 2 Parteien, sondern in aller Öffentlichkeit ausdiskutieren sollte.

Oder ist das für Herrn Brandt auch eine Denunzierung? Dann ist er totalitären Verhaltensweisen verdammt nahe. Edith Altenkirch

Die neue Partei DIE LINKE. in der Parteienlandschaft in Deutschland

Das Verhältnis DIE LINKE. und SPD

Zu diesem Thema hatte die Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg im Oktober zu ihrer monatlichen Veranstaltung in den Fontaneklub eingeladen. Mehr als 20 Teilnehmer waren gespannt auf den Vortrag des Referenten aus Berlin. Dr. Bernd Ihme arbeitet beim Parteivorstand der Partei DIE LINKE. im Bereich Strategie und ist mitverantwortlich für Programmarbeit. So war er auch an der Erarbeitung der programmatischen Eckpunkte für die neue Partei DIE LINKE. beteiligt.

Er machte bereits zu Beginn seiner Ausführungen deutlich, dass natürlich die neue Partei nicht zu einer grundlegenden Veränderung der Parteienlandschaft in Deutschland führen konnte und sicherlich auch auf absehbare Zeit nicht führen kann und wird. Aber bereits in der kurzen Zeit ihrer Existenz – immerhin erfolgte ja

die Fusion von Linkspartei.PDS und WASG erst im Juni 2007 – hat diese Partei Wirkung erzielt und haben sich die Bedingungen für ihre Tätigkeit verändert.

So hat sie bei Wahlumfragen in jüngster Zeit schon ein beachtliches Potential links von der SPD erreicht: im Osten ca. 27% und im Westen zwischen 6 bis 8%. Die neue Partei gewinnt zunehmend Akzeptanz und Anerkennung bei den Gewerkschaften, auch die Kontakte zu den globalisierungskritischen Bewegungen konnten ausgebaut werden. So sind z.B. bei den Protestaktionen gegen den G8-Gipfel als Vertreter von Parteien nur Redner der Linken aufgetreten, was von den Veranstaltern ausdrücklich so gewünscht wurde.

Was muss die Linke jetzt tun? Diese Frage stellte der Referent in den Raum und gab darauf auch selbst 3 Antworten.

Erstens: Es ist notwendig ein Programm zu erarbeiten, welches die gemeinsame Grundlage für die Mitgliedschaft darstellt. Das soll noch im kommenden Jahr 2008 realisiert werden. Angesichts der unterschiedlichen Strömungen und Positionen, nicht zuletzt noch verstärkt

durch das Zusammengehen von Linkspartei.PDS und WASG, wird noch ein umfangreicher und nicht ganz leichter Diskussionsprozess zu führen sein. Unstrittig ist aber, dass die Partei über konkrete Politik zusammenwachsen muss.

Zweitens: Es steht die Aufgabe der Erarbeitung von Reformalternativen.

Drittens: Es geht um den Ausbau der Bündnisbeziehungen zu den Gewerkschaften, unterschiedlichsten Organisationen, Bewegungen u.a.m.

Der Referent wies auf wesentliche theoretisch-konzeptionelle und praktisch-politische Unterschiede zwischen den beiden Parteien DIE LINKE. und SPD hin. Unsere Partei geht von der Notwendigkeit einer grundlegenden Gesellschaftsanalyse des gegenwärtigen kapitalistischen Systems aus. Dabei muss zugleich aufgezeigt werden,

woran in diesem System bei tief greifenden Veränderungen angeknüpft werden kann und muss. Im neuen Parteiprogramm der SPD findet man dagegen keine grundlegenden Hinweise, die über den Kapitalismus hinausreichen.

In den programmatischen Dokumenten beider Parteien findet sich der Begriff des Demokratischen Sozialismus. DIE LINKE. versteht darunter eine konkrete Orientierung für ihr politisches Handeln und nicht nur einfach ein Bekenntnis. Im Programm der SPD wird er lediglich als eine Idee dargestellt und nicht im Sinne einer konkreten Handlungsorientierung verstanden.

Nach weiteren inhaltlichen Ausführungen des Referenten zum Thema entwickelte sich dann eine lebhafte Diskussion. Dabei wurde z.B. die Frage der Regierungsbeteiligung einer Partei links von der SPD unter den gegenwärtigen Bedingungen erörtert. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass an diesem Abend wichtige Informationen vermittelt und wertvolle Anregungen für die Weiterführung der Diskussion zu dieser Thematik gegeben wurden.

Horst Maiwald



Das Arbeitspräsidium auf der Gründungsversammlung v. l. Heidi Hauffe, Matthias Osterburg, Birgit Hübner

Erfolgreiche Ausstellung

„Hier sind wir, warum seid Ihr so anders?“

Zum zweiten Mal organisierte der Behindertenbeirat der Stadt Brandenburg an der Havel gemeinsam mit dem Brandenburger Theater eine Ausstellung



Die Oberbürgermeisterin Frau Tiemann (links v.) und die Vorsitzende des Behindertenbeirates Kerstin Huch (rechts v.) bei der Ausstellungseröffnung

mit dem Titel „Hier sind wir, warum seid Ihr so anders? – Teil II“. In der Wahl des Titels zeigte sich eine Kontinuität unserer gemeinsamen Arbeit vom vergangenen Jahr.

Motiviert von der Resonanz und vom Erfolg unserer ersten Ausstellung ist es uns gelungen, wieder viele Menschen mit Behinderung, aber auch Nichtbehinderte für eine Teilnahme an der Ausstellung zu gewinnen.

2007 ist das europäische Jahr der Chancengleichheit für Menschen mit Behinderung. In sehr vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens sind wir von einer Chancengleichheit von Menschen mit Behinderung und Nichtbehinderten noch weit entfernt. Die Organisation und Durchführung dieser Ausstellung ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit

Behinderung am Leben der Gemeinschaft. Sie ist ein Zeichen auf dem Weg zu mehr Normalität und Akzeptanz. Auf solche Art und Weise bekommen Menschen mehr Öffentlichkeit, die sonst eher am Rand der Gesellschaft stehen. Sie können so ihre Fertigkeiten und Talente zeigen.

Erstmals nahmen auch die sozialtherapeutische Abteilung der JVA und der Gehörlosenverband Brandenburg an dieser Ausstellung teil.

Knapp 500 Gäste schauten sich die Ausstellung an. Für einen Zeitraum von vier Wochen ist dies eine beachtliche Zahl. Die Qualität der ausgestellten Werke ist höher zu bewerten als im vergangenen Jahr. Insgesamt wurden ca. 100 Bilder, Collagen, Tonarbeiten und andere Kunstwerke in der Brenna-bor-Kunsthalle ausgestellt.



Die Ausstellung war über ihre gesamte Dauer sehr gut besucht
Fotos: N. Dohna

Alle Organisatoren und Mitwirkenden an dieser Ausstellung sind sehr zufrieden.

Abschließend bleibt nur zu hoffen, dass es im nächsten Jahr zu einer Neuauflage einer solchen Ausstellung kommt.
Kerstin Huch

Alles Neue bringt der Dezember

In unserer Geschäftsstellenberatung am 05.11.07 haben wir neben anderem festgelegt, jeweils am zweiten Mittwoch im Monat Interessierten und/oder Bedürftigen ein offenes Frühstück anzubieten.

Beginnen wollen wir am 12.12.2007 in der

Zeit von 10.00 bis 12.00 Uhr. Dabei wollen wir allen Beteiligten die Gelegenheit zu Kontakten und Beantwortung von Fragen geben. Wer von Euch kommen und vielleicht auch noch jemanden mitbringen will, ist herzlich eingeladen.
Ralf Nethe

Die vergangene SVW aus Sicht von Elisabeth Scholz

Der Sitzungstag begann mit einer Beratung der Fraktionsvorsitzenden, dem Präsidium und der Oberbürgermeisterin. Es wurde über das Bauende des Altst. Rathauses informiert.

Pünktlich um 16.00 Uhr begann die Sitzung. Nach kurzen Formalien wurde die Sitzung für eine halbe Stunde unterbrochen, denn die Stadtverordneten und die anwesenden Bürger sollten die Gelegenheit haben, einen Werbefilm über die geplante BUGA zu sehen und die Bewerbungsunterlagen wurden durch Herrn Brand vorgestellt.

Danach wurde die reguläre Sitzung mit Diskussionsbeiträgen aller Fraktionen zu diesem Thema fortgesetzt. Alle Redner befürworteten die Antragstellung. Unser Genosse Förster verlangte von den Fraktionen der CDU und SPD, dass sich ihre Vertreter auch im Land dafür einsetzen sollten. Die Fraktion der Linken im Landtag unterstützt einstimmig dieses Vorhaben.

Den nächsten 6 Vorlagen wurden fast einstimmig zugestimmt. Entbrannt hatte sich dann die Diskussion über die Kostenbeteiligung der Eltern an der Schülerbeförderung. Die Genossin Hübner als Beigeordnete musste ihre Sitzung vertreten, was sie auch überzeugend tat. Sie stellte fest, dass das Schulgesetz des Landes erst geändert werden müsste, sollten die Abgeordneten Schulgeldfreiheit wollen. Bei der Verabschiedung dieser Vorlage gab es mehrheitlich Zustimmung. Die Fraktion der Linken enthielt

sich oder stimmte dagegen, weil wir das Schulgesetz des Landes dazu geändert haben wollen.

Die Linken brachten in Folge einen Beschlussantrag zur Erarbeitung einer Sozialdatenanalyse ein, die uns einen besseren Überblick über die Situation unserer Bürger in unserer Stadt ermöglichen.

Erhebliche Spannungen bestanden, als nochmals über die Gestaltung des Salzhofufers diskutiert wurde. Der von den Fraktionen der Linken und der Bündnis 90/Die Grünen eingebrachte Änderungsvorschlag konnte nicht ganz abgelehnt werden, da Alfredo über die 6 Änderungsvorschläge einzeln abstimmen ließ. Mehrheitlich haben wir von 6 Vorschlägen zwei Änderungen erreicht. Die geplante Treppenanlage wird durch mehr Grün an 2 Stellen unterbrochen und der alte Weidenbestand im Bereich der Verlängerung des Anlegers wird erhalten. Der Antrag der SPD, die Arbeiten am Salzhofufer ganz einzustellen, wurde mehrheitlich abgelehnt.

Den nächsten 10 Anträgen wurde zugestimmt, bzw. es gab dafür schriftliche Antworten.

Den Abschluss des öffentlichen Teils der SVW bildeten 4 Erklärungen von Stadtverordneten, darunter die von Heidi Haufe, die erklärte, dass unsere Fraktion eine Vorlage zur Schulgesetzänderung erarbeiten werde und sie hofft, dass die anderen Fraktionen unseren Antrag unterstützen werden. Elisabeth Scholz

Erfolgreiche Unterschriftensammlung für ein NPD-Verbot

Im Rahmen der Kampagne „NPD-Verbot jetzt“, die von der VVN-BdA initiiert wurde, konnten bis Anfang November bundesweit über 150 000 Unterschriften gesammelt werden. Auch zahlreiche Mitglieder und Sympathisanten unseres Stadtverbandes und andere Bürgerinnen und Bürger haben mit ihrer Unterschrift bekundet, dass sie die Aufforderung an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, ein neues Verbotverfahren einzuleiten, unterstützen. Dafür sei allen herzlich gedankt. Wie wichtig und berechtigt ein Verbot dieser Partei wäre, soll durch nachfolgende ausgewählte Zitate von führenden NPD-Funktionären verdeutlicht werden.

1. „Vorbild können für uns deutsche Nationalisten einzig und allein die Helden der Deutschen Wehrmacht und der Waffen-SS sein, die ihr Leben im Kampf

gegen den Bolschewismus gelassen haben.“

Holger Apfel, Vorsitzender der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag, 27.5.2000

2. „Hitler ist sicherlich der größte deutsche Staatsmann, den wir im letzten Jahrhundert gehabt haben.“

Jürgen Rieger, Mitglied im NPD-Bundesvorstand, Sommer 2005

3. „Ich bin kein großer Anhänger dieser Form des Parlamentarismus. Aber das

macht man so, dass man da reingeht und provoziert mit Präzision. Dann werden Sie sehen, wie diese ganzen Viren, diese Parasiten, wach werden, dann sehen die, dass die Axt kommt, dass man das bis aufs Gesunde herausseziert. Das ist die Aufgabe eines nationalen Menschen.“

Udo Pastörs, Vorsitzender der NPD-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, Stern, 14.09.2006. Horst Maiwald



Auftaktveranstaltung im Mehrgenerationenhaus „Die Stube Brandenburg/Kirchmöser“

Mit einer großen Auftaktveranstaltung am 09.06.2007 hat „Die Stube“ in Kirchmöser ihre Aufnahme in das Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser des Bundes gefeiert. Oberbürgermeisterin Dielind Tiemann, Bundestagsabgeordnete Vosschhof (Pate) gratulierten den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und überreichten ihnen ein Schild, das ihr Haus künftig als Mehrgenerationenhaus im Aktionsprogramm des Bundes auszeichnet.

„Bei dem Namen allein wird es nicht bleiben“, sagte Frau Maue (Leiterin der Stube) bei der Auftaktveranstaltung zum Frühlingsfest. Vertreter von Parteien, Gewerkschaft, dem Gewerbeverein und vielen Kooperationspartnern waren anwesend und feierten das Frühlingsfest mit. „Die Bürgerinnen und Bürger aller Lebensalter werden das Haus künftig mit Leben füllen. Schon jetzt bietet das große Angebot des Hauses für jeden etwas.“ Die über hundert geladenen Gäste bekamen heute bereits einen Vorgeschmack darauf, wie das generationenübergreifende Leben im Mehrgenerationenhaus „Die Stube“ aussehen wird: Im Computerraum gaben Jugendliche einen Schnupperkurs in digitaler Bildbearbeitung. Die ganz Kleinen spielten in der Kinderstube, während die

Eltern sich beim Aufpassen abwechselten. Im Jugendtreff unterhielten und begegneten sich junge Menschen aus Brandenburg und Umgebung. Im Nachbarschaftstreff treffen sich die Senioren zum gemeinsamen Handarbeiten, Karten spielen und gemütlichen Zusammensein. Und auch der Eisenbahner Männerchor singt (übt) hier. Im Festsaal finden Konzerte oder Hochzeiten statt. Geplant sind noch weitere Veranstaltungen. „Unser Angebot ist nicht in Stein gemeißelt. Denn es richtet sich ganz nach den Bedürfnissen der Menschen, die unser Mehrgenerationenhaus besuchen“, das ist das Motto des Hauses. Menschen aller Lebensalter sollen sich hier treffen und voneinander lernen. Darüber hinaus baut das Mehrgenerationenhaus ein nachbarschaftliches Netzwerk von haushaltsnahen Dienstleistungen auf, in das sich jeder mit seinen Fähigkeiten einbringen kann. So fördert es Kinder, berät und entlastet Familien und gibt alten Menschen eine gesellschaftliche Aufgabe. Das Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser will den Zusammenhalt und den Austausch der verschiedenen Lebensalter in Deutschland stärken. Über einen Zeitraum von fünf Jahren fördert der Bund jedes Mehrgenerationenhaus im Aktionsprogramm mit jährlich 40.000€.

J. Barz

Alle Jahre wieder

Ja ist denn heut schon Weihnachten, wird der Leser vielleicht denken?

Nein, selbstverständlich nicht, aber so langsam bewegen wir uns darauf zu.

Auch Wetter, Dekorationen und Auslagen in den Supermärkten lassen vor allem die Kinder schon an Weihnachtsüberraschungen denken.

Und damit bin ich bei meinem eigentlichen Anliegen.

Die Mitglieder der BO INN möchten auch in diesem Jahr so um den Nicolaustag herum die Kinder im Asylbewerberheim in der Flämingstraße (dort im Haus) zu einer Weihnachtsfeier einladen.

Wir tun dies mittlerweile zum dritten Mal und bitten Euch alle um Unterstützung!

Spielzeug aller Art, Kuscheltiere, Mal- und Bastelmaterialien, ja auch Kinderbekleidung und vieles andere mehr könnt Ihr bitte für das Füllen der bunten Weihnachtsgeschenketüten durch die BO INN in der Geschäftsstelle abgeben.

Wir werden für ungefähr 20 Kinder unterschiedlichen Alters Überraschungen vorbereiten. Gemeinsam mit den Kindern werden wir an einer liebevoll vorbereiteten Kaffeetafel in einem weihnachtlich geschmückten Raum ein paar schöne Stunden erleben. Diese Vorbereitungen übernehmen gerne die Sozialarbeiter des Heimes.

Die strahlenden Kinderaugen und auch die Dankbarkeit der Eltern zeigen uns, wie wichtig solche Begegnungen sind.

Heidi Hauffe

Über ein sehr intensives und ausgefülltes Leben

Wir nehmen Abschied von einem aufrechten Demokraten und Sozialisten, von Enrique Hermann Garate, von einem Kämpfer für Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit in Chile und einem Kämpfer gegen den aufflammenden Neofaschismus in Deutschland. Enrique hat ein sehr intensives und ausgefülltes Leben hinter sich. Geboren wurde er am 05. März 1938 in San Fernando (Süd Chile).

Schon als Jugendlicher erkannte er die Ungerechtigkeit in seinem Land, die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich, in Oben und Unten. Enrique studierte Jura und begann nach dem Studium eine erfolgreiche berufliche Laufbahn. Für sein konsequentes soziales Engagement wurde er durch das Volk zum Abgeordneten des chilenischen Parlaments gewählt. Enrique wurde Mitglied des Regierungsbündnisses der Unidad Popular, dem Salvador Allende vorstand. Enrique war ein begeisterter Anhänger Allendes, schon deshalb, weil dieser so wie er Mitglied der Freimaurerloge war. Am 11. Sept. 1973 wurde Allende durch die chilenische Militärjunta ermordet. Zu dieser Zeit war Enrique bereits verheiratet und hatte Kinder. Enriques Leben war bedroht, er konnte nicht mehr in Chile bleiben. Mit Hilfe von Freunden gelang ihm die Flucht nach Argentinien. Doch auch dort war er nicht sicher, und so beschloss er und seine Frau in kooperativer Beratung, Lateinamerika vorläufig zu verlassen. Als zukünftiges Gastland fiel die Wahl auf die DDR. Im Frühjahr 1974 kommen sie gemeinsam mit den 6 Kindern völlig mittellos in Eisenhüttenstadt an. Dank der großzügigen Unterstützung der DDR gelang die Integration ohne größere Probleme. In der folgenden

Zeit haben die Eheleute Garate viel getan, um über den Kampf der progressiven Kräfte Lateinamerikas gegen die Militärdiktaturen zu berichten. Außerdem brachten sie vielen Menschen der DDR die lateinamerikanische – und speziell die chilenische Kultur nahe.

Erweiterte Stationen seines Lebens waren Potsdam und ab 1979 das SWB und die Stadt Brandenburg. Enrique wurde 1992 Mitglied des Bundes der Antifaschisten und trat 1993 der Freimaurerloge „Friedrich zur Tugend“ in der Stadt Brandenburg bei. Enrique gehörte zu den Gründern der Organisation „Deutsch-Chilenische Freundschaft – Salvatore Allende“ mit Sitz in Berlin. Außerdem war er mit seiner Frau aktives Mitglied des Literaturzirkels „Gabriela Mistral“. Enriques Freizeit war also ausgefüllt mit ehrenamtlicher Tätigkeit. Sein Anliegen war die humanistische Erziehung der Menschen, die Freundschaft der Völker zueinander, Solidarität und Gerechtigkeit. Enrique musste 1991 zur Kenntnis nehmen, dass seine Arbeitskraft nicht mehr gebraucht wird und auch nichts mehr wert war. Er wurde arbeitslos und musste frühzeitig seine Rente beantragen. In dieser Zeit wurde Enrique auch Mitglied der PDS! Nach diesem beruflichen Absturz war Enrique für einige Jahre Gastdozent an der FU-Berlin. Um seine kümmerliche Rente auszubessern, übernahm er 2002 die mobile Medikamentenversorgung für Patienten im Stadt- und Landkreis Brandenburg. Diese Tätigkeit übte er bis Mai d.J. aus und musste dann krankheitsbedingt aufgeben. Der Tod hat ihn mitten aus dem Leben gerissen wir werden an Enrique denken, er wird immer in unserer Erinnerung bleiben. Alfons Wichterei

Kulturelles

Nicht nur Mindestlohn
nicht nur Mindestlohn
auch Höchstprofit-Grenze

Mindestforderung
die kleinen Portemonnaies
von Millionen Menschen
mit ein wenig Würde füllen

lohnender
zusätzlich die Forderung
(viele profitieren davon):

Diktatur dicker Kontostände
schwächen

für die Menschen am lohnendsten
Maximalforderung:
Diktatur der Profit-Völlerei
abschaffen

Jürgen Riedel

Sein letzter Lyrikband „Wortbilder VI“ erschien in der edition fischer des R.G. Fischer Verlags, ISBN 978-3-8301-0547-3

Termine

Sitzung der Fraktion der Partei „DIE LINKE Brandenburg an der Havel“
26.11.07 und 03.12.07, 18.00 Uhr, Geschäftsstelle (Altstädtischer Markt 2)

Diskussionsabend der AG Politische Bildung
Thema: Was bedeutet es „links zu sein“?
Datum: 14.11.07
Ort: Geschäftsstelle (Altstädtischer Markt 2)
Zeit: 17.00 Uhr

Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung:
Thema: „Die Gestaltung einer Politik der Nachhaltigkeit – eine unabdingbare Voraussetzung für das Überleben der Menschheit“
Referentin: Dr. Ilse Spahn (Langerwisch)
Datum: 15.11.07
Ort: Fontane-Klub (Ritterstr. 69), Zeit: 18.00 Uhr

Energiewende – sozial, ökologisch, friedlich
Neue Braunkohletagebaue erschließen oder Alternativen entwickeln?
Wolfgang Thiel, Landtagsabgeordneter der Partei „DIE LINKE“ lädt interessierte Bürgerinnen und Bürger zu einem Gespräch ein.
Donnerstag, 22.11.07 um 18.30 Uhr, Fontane-Klub (Ritterstr.69)

Sitzung des Vorstandes der Partei „DIE LINKE. Brandenburg an der Havel“
19.11.07 und 05.12.07, 18.00 Uhr, Geschäftsstelle (Altstädtischer Markt 2)

Wir Gratulieren

14.11. *Friedrich Koppe*
16.11. *Margitta Heidemann*
18.11. *Heinz Skudrin*
19.11. *Petra Zimmermann*
20.11. *Dietmar Schwandt*
23.11. *Christel Ponz*

03.12. *Erhard Heidemann*
04.12. *Beate Malinowski*
05.12. *Myong-Hee Hein*
07.12. *Günter Kilch*
10.12. *Horst Gartmann*

Öffnungszeiten

Montag 9-17 Uhr
Dienstag 9-17 Uhr
Mittwoch 9-13 Uhr
Donnerstag 9-17 Uhr
Geschäftsstelle DIE LINKE.
Altstädtischer Markt 2
14770 Brandenburg an der Havel
Tel.: 0 33 81 - 22 47 33
Fax: 0 33 81 - 22 99 61
Internet: www.dielinke-stadt-brb.de
E-Mail: info@dielinke-stadt-brb.de

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.-Stadtverband Brandenburg
V.i.s.d.p.: René Kretzschmar
Anschrift: Altstädtischer Markt 2,
14770 Brandenburg an der Havel
E-Mail: info@dielinke-stadt-brb.de
Die Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung und dem Stil des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder übernimmt die Redaktion keine Haftung.
Nächster Redaktionsschluss: 07. Dezember 2007